

## Quelle:

<http://www.bpb.de/themen/TSP20B.html>

### ■ Was heißt Rechtsextremismus?

## Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Oliver Decker · Elmar Brähler

### Einleitung

Die "Fieberkurve des wissenschaftlichen Outputs" zum Rechtsextremismus und verwandter Konzepte zeigt seit einigen Jahren steil nach oben.<sup>[1]</sup> Seit knapp siebzig Jahren ist die Rechtsextremismusforschung, stellt man sie in die Tradition der Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung,<sup>[2]</sup> ein prosperierendes Forschungsfeld.

### ■ Zur Person

---

#### Oliver Decker

Dr. phil., geb. 1968; wissenschaftlicher Angestellter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Medizinische Fakultät der Universität Leipzig; Herausgeber der Zeitschrift "Psychoanalyse", Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig  
E-Mail: [oliver.decker@medizin.uni-leipzig.de](mailto:oliver.decker@medizin.uni-leipzig.de)

Die wellenartig verlaufende Intensität zeigt die Aktualität des Rechtsextremismus in der jeweiligen politischen Landschaft an, aber sowohl in der Politologie, der Soziologie, der Psychologie als auch in der Pädagogik ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konstant hoch.

Die Aufzählung der Fachdisziplinen, die sich mit dem Phänomen wissenschaftlich auseinander setzen, vermittelt einen ersten Eindruck von der Vielfältigkeit der Rechtsextremismusforschung. Diese kennzeichnet nicht nur, dass das Forschungsfeld in unterschiedlichen Fakultäten bearbeitet wird, sondern auch, dass die dabei verwendeten theoretischen Konzepte, Begriffe und Methoden sehr heterogen sind.

### ■ Zur Person

---

#### Elmar Brähler

Dr. rer. biol. hum. habil., geb. 1946; Professor, Direktor der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Prodekan der Medizinische Fakultät, Universität Leipzig, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig  
E-Mail: [elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de](mailto:elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de)

Neben der Tatsache, dass sich in der Rechtsextremismusforschung konkurrierende Ansätze gegenüberstehen, ist die unterschiedliche Verwendung einer Reihe ihrer Begriffe ein Problem der Forschung.

Diese Heterogenität ist vor allem der Heterogenität des Forschungsgegenstandes geschuldet. Handlungen wie etwa das Wahlverhalten oder aber Gewalttaten können als rechtsextremistisch bezeichnet werden, Gruppen und Parteien werden als rechtsextrem beschrieben, wie auch in der Einstellungsforschung die Zustimmung zu unterschiedlichen Aussagen als rechtsextrem gekennzeichnet werden, beispielsweise zum Antisemitismus oder zum Sozialdarwinismus. Dabei kann es politisch unstrittig sein, dass die Bezeichnung zu Recht erfolgt. Aus wissenschaftlicher Sicht bleibt aber festzustellen, dass der Rechtsextremismusbegriff sehr unterschiedlich verwendet wird und damit nicht nur der Vielgestaltigkeit des Gegenstands Rechnung getragen wird. Denn die Heterogenität rechtsextremer Erscheinungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl zur inhaltlichen Definition des Rechtsextremismus als auch zu seiner Entstehung und seiner empirischen Fassung in der Forschung konkurrierende Erklärungsansätze nebeneinander stehen. Der folgende Überblick über einige Traditionslinien beschränkt sich auf signifikante Ansätze in Zusammenhang mit der anschließenden Untersuchung.[3]

### **Erklärungsansätze**

Der Klassiker der Einstellungsforschung, "The Authoritarian Personality",[4] hatte zum Ziel, antidemokratische Haltungen in der Bevölkerung zu erfassen. Dabei wurde primär zwischen demokratischer und autoritärer Orientierung unterschieden. Die Autoren um Theodor W. Adorno stellten fest, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit oder von direkt geäußerten politischen Einstellungen bei den von ihnen Befragten antidemokratische Einstellungen vorhanden sein konnten. So konnten sie sowohl bei Anhängern rechtsextremer Parteien wie auch bei jenen demokratischer Parteien autoritäre Einstellungen nachweisen. Die autoritär Orientierten wurden dabei als auf Stärke und Mächtige fixiert beschrieben, dabei gleichzeitig aggressiv gegenüber Minderheiten und Schwachen. Die Autoren der Studie verstanden auf der Grundlage der psychoanalytischen Persönlichkeitstheorie Autoritarismus als Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur, die in der Sozialisation erworben wurden. Zur Erfassung der Probanden entwickelten die Autoren auf Grundlage von Forschungsinterviews einen Fragebogen, die so genannte F-Skala, mit der sie Populationen hinsichtlich der Ausprägung autoritärer Einstellungen beschrieben.[5]

Diese entwicklungs- und persönlichkeitspsychologischen Implikationen und die geringe Differenzierbarkeit zwischen unterschiedlichen antidemokratischen Positionen führten relativ früh zur Kritik an der Studie.[6] Der als Berater an der Studie beteiligte Milton Rokeach setzte aus heutiger Sicht eher auf kognitionstheoretische Erklärungen der antidemokratischen Einstellungen, wenn er den Autoritarismus mit offenen oder geschlossenen Wertesystemen konfrontiert.[7] Wie das Autoritarismuskonzept, so ist auch das Dogmatismuskonzept von Rokeach unabhängig vom politischen Links/Rechts-Schema: Autoritäre oder dogmatische Einstellungen können in jeder Partei oder sozialen Gruppierung angetroffen werden. Die mangelnde Differenzierbarkeit zwischen rechts- und linksextremen Positionen führte in der Forschung teilweise zu einer Abkehr vom Autoritarismus- und vom Dogmatismuskonzept.

Auch wenn in verschiedenen Ansätzen die Sozialisationstheorie in der Tradition der Berkeley-Gruppe noch heute Zustimmung findet[8] und ihr Erklärungsgehalt für rechtsextreme Einstellungen Bestätigung

erhält,[9] fokussiert die Forschung nicht mehr auf autoritäre Charakterstrukturen, sondern stärker auf rechtsextreme Einstellungen.[10] Auch ist die Diskussion weniger von sozialpsychologischen als von politik- bzw. sozialwissenschaftlichen Konstrukten geprägt. Als solche Ansätze zur Erklärung des Rechtsextremismus sollen hier jene Modelle bezeichnet werden, die die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen von der Zugehörigkeit der Individuen zu bestimmten Gruppen oder Gesellschaftsschichten ableiten.

Ein bedeutender Ansatz sieht im bedrohten sozialen Status den Auslöser für rechtsextreme Einstellungen. Diese auf Richard Hofstadter und Seymour M. Lipset zurückgehende Forschungstradition sieht im Rechtsextremismus eine Reaktion auf drohende oder vollzogene gesellschaftliche Deklassierung:[11] Menschen, die ihren sozialen Status in Gefahr sehen bzw. einen Status einnehmen, der unter einem gewünschten oder erwarteten liegt, neigen eher dazu, rechtsextreme Positionen zu vertreten. Als aktuelle Rezeption dieser Statusmodelle kann etwa die Desintegrationstheorie bezeichnet werden.[12] Der Nachteil dieses Ansatzes besteht in der Tatsache, dass Statusunsicherheit zwar sehr wohl zu einer rechtsextremen Orientierung führen kann, aber eben nicht muss. Damit bleiben notwendige Bedingungen rechtsextremer Orientierung im Dunkeln.

Neben diesen theoretisch orientierten Untersuchungen sind in jüngerer Zeit auch Studien durchgeführt worden, um einzelne Phänomene der rechtsextremen Szene zu erklären, etwa den Geschlechterunterschied sowohl bei rechtsextrem motivierter Gewalt als auch bei rechtsextremer Einstellung.[13] So werden als Datenbasis sowohl mediale Produkte wie Zeitungen, Fernsehsendungen oder das Internet herangezogen,[14] als auch persönliche Zeugnisse wie Briefe, um Rechtsextremismus oder Teilaspekte wie den Antisemitismus zu untersuchen.[15]

Abschließend muss die Heterogenität der empirischen Herangehensweise festgestellt werden. Berücksichtigen wir die sehr unterschiedlichen theoretischen Fassungen und die Heterogenität rechtsextremer Phänomene, so verwundert es nicht, dass die methodischen Zugänge zur empirischen Erfassung ebenfalls sehr unterschiedlich sind. Die oben genannten theoretischen Erklärungsansätze zur Entstehung rechtsextremer Einstellungen und Ideologien haben jeweils eine hohe Plausibilität, weisen jedoch auch spezifische Schwächen auf, die hier nur kurz angedeutet werden konnten. Empirisch lassen sich für die Zugänge in der Regel jeweils auch Anhaltspunkte finden, allerdings scheitert der Bezug der Erklärungsansätze aufeinander auch an der Heterogenität der eingesetzten Instrumente. Die Forschungsinstrumente sind häufig für die jeweilige Studie entworfene und nicht standardisierte Fragebögen. Der Rückbezug der so empirisch gewonnenen Ergebnisse auf andere Studien ist daher zumeist schwierig.

Hinzu kommt die in den empirischen Sozialwissenschaften existierende Trennung zwischen qualitativen (Forschungsinterviews) und quantitativen (Fragebögen) Zugängen; hierin zeigt sich in der Rechtsextremismusforschung die für die sozialwissenschaftliche Forschung immer noch paradigmatische methodologische Zweiteilung. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass auch die Ergebnisse der Rechtsextremismusforschung sehr heterogen sind. So konnte in der bisherigen empirischen Forschung beispielsweise ein Ost/West-Unterschied zwar für einzelne Aspekte der Einstellung isoliert werden, dabei waren die Ergebnisse aber häufig widersprüchlich.[16]

## Die Erhebung

Die hier vorgestellten Ergebnisse unserer Untersuchung im Auftrag der Universität Leipzig wurden im Zeitraum von September bis Oktober 2004 mit einem Fragebogen gewonnen, der als Ergebnis einer Konsensuskonferenz entwickelt worden war. Die Fragen und teststatistisch abgesicherten sechs Skalen zur Erfassung des Rechtsextremismus sollen auch künftigen Untersuchungen zur Verfügung stehen. Rechtsextremismus wurde hinsichtlich einer Einstellungs- und einer Handlungsebene unterschieden. Mit dem Fragebogen sollen nur Einstellungen erhoben werden. Für die Entwicklung der Fragen zur Einstellungsmessung wurde die folgende Arbeitsdefinition herangezogen: "Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen."

Rechtsextremismus wird mit diesem Fragebogen in sechs Skalen erfasst, zu denen jeweils drei Fragen gestellt wurden. So werden die Probanden nach der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (beispielsweise: "Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert."), nach ihrer Zustimmung zu chauvinistischen (beispielsweise "Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht."), ausländerfeindlichen (beispielsweise: "Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet") und antisemitischen Aussagen (beispielsweise: "Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns") befragt. Weiterhin wurde ihre Zustimmung zu Aussagen mit sozialdarwinistischem Inhalt (beispielsweise: "Es gibt wertvolles und unwertes Leben") und den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen (beispielsweise: "Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen") erfragt. Den Befragten wurden die Aussagen von einem Interviewer mit folgenden Worten präsentiert: "Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, eher ablehnen oder völlig ablehnen." Sie hatten dann die Möglichkeit, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala auszudrücken ("stimme voll und ganz zu", "stimme überwiegend zu", "teils/teils", "lehne überwiegend ab", "lehne völlig ab").

Die Befragung wurde im Auftrag der Universität Leipzig vom Meinungsforschungsinstitut USUMA in der gesamten Bundesrepublik durchgeführt. Die Zufallsauswahl der Haushalte erfolgte nach dem random-route-Verfahren, wobei die im Haushalt zu befragende Zielperson ebenfalls nach dem Zufallsprinzip (dem so genannten Schwedenschlüssel) ermittelt wurde. Aus jedem Haushalt wurde somit nur eine Person befragt. Die Repräsentativität wurde durch die Ziehung von ADM-Stichproben gesichert.<sup>[17]</sup> Die Grundgesamtheit in der von uns durchgeführten Erhebung stellte die deutschsprachige, in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung ab 14 Jahren dar. Die Ausschöpfungsquote der Bruttostichprobe betrug in der Erhebung ca. 68 Prozent. Sie ist damit annähernd mit den entsprechenden Quoten anderer bevölkerungsrepräsentativer Umfragen (wie z.B. ALLBUS oder Wohlfahrtssurvey) vergleichbar. Für die Höhe der Ausschöpfung sind neben qualitätsneutralen (Wohnung unbewohnt, keine Person der Grundgesamtheit im Haushalt) vor allem systematische Ausfälle (im Haushalt trotz zweimaligen Besuchs niemanden

angetroffen/Haushalt verweist, Haushalt verweigert Auskunft, Zielperson trotz dreimaligen Besuchs nicht angetroffen, Zielperson krank/nicht in der Lage, dem Interview zu folgen, Zielperson verweigert Interview) verantwortlich. Die genauen soziodemographischen Merkmale der Stichprobe sind Tabelle 1 zu entnehmen.

## Ergebnisse

Zur besseren Darstellbarkeit wurden die Antwortmöglichkeiten "stimme voll und ganz zu" und "stimme überwiegend zu" zusammengefasst. In den abgebildeten Diagrammen werden die Prozentangaben derjenigen angegeben, die den Aussagen jeweils "voll und ganz" oder "überwiegend" zugestimmt haben. Die fehlenden Prozentangaben verteilen sich auf die hier nicht dargestellten Antwortmöglichkeiten "teils/teils", "lehne überwiegend ab" und "lehne völlig ab". Die den Probanden vorgelegten Aussagen werden den Skalen zugeordnet abgebildet.

Diagramm 1 der PDF-Version sind die Aussagen und die Zustimmungswerte zur "Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur" zu entnehmen. Insgesamt stimmten beispielsweise 9,8 Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass eine Diktatur unter Umständen "die bessere Staatsform" sei, jeweils zu fast gleichen Teilen aus Ost- und Westdeutschland. Die Ost/West-Unterschiede sind marginal. Die Zustimmungswerte zu Aussagen der Skala "Chauvinismus" sind Diagramm 2 zu entnehmen. 39,2 Prozent der Deutschen sind demnach der Ansicht, dass "wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten". Hohe Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen sind ein klassisches Merkmal rechtsextremer Einstellungen. Die Ergebnisse zur Skala "Ausländerfeindlichkeit" sind Diagramm 3 der PDF-Version zu entnehmen. Der geringe Ost/West-Unterschied der bisher vorgestellten Skalen trifft hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit interessanterweise nicht zu. So sind mehr Ost- als Westdeutsche der Meinung, Ausländer kämen nur nach Deutschland, "um unseren Sozialstaat auszunutzen".

Ein weiteres Identifikationsmoment rechtsextremer Einstellungen ist der Antisemitismus. Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen ist in Diagramm 4 der PDF-Version dargestellt, wobei deutlich wird, dass die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in Westdeutschland durchgängig höher ist als in Ostdeutschland. Der Sozialdarwinismus, die Übertragung eines kausalen Darwinismus auf die Gesellschaft zur Rechtfertigung aggressiver und ausgrenzender Handlungen gegenüber Schwächeren, wurde in unserer Erhebung ebenfalls mit drei Fragen abgebildet. Die Ergebnisse sind in Diagramm 5 der PDF-Version dargestellt. Große Ost/West-Differenzen finden wir auch in der "Verharmlosung des Nationalsozialismus" (Diagramm 6 der PDF-Version). Hierbei zeigen sich ebenfalls generell im Westen höhere Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen.

Fassen wir die Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen zusammen, sind insbesondere die zu mehr als einem Viertel hohen ausländerfeindlichen Einstellungen auffällig. Auch der Chauvinismus ist in der untersuchten repräsentativen Stichprobe sehr deutlich. Jeder zehnte Deutsche stimmt außerdem antisemitischen Aussagen ausdrücklich zu. In der Zusammenschau fällt ferner auf, dass die Werte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht so deutlich zu unterscheiden sind. Westdeutschland zeigt sich antisemitischer und chauvinistischer, ist aber weniger sozialdarwinistisch eingestellt. Hier hat in den letzten Jahren eine Entwicklung stattgefunden, wie den Diagrammen 7, 8, 9 und 10 der PDF-Version zu entnehmen ist (die Werte sind, anders als in den Diagrammen 1 bis 6, zum Zweck des Vergleichs mit den von Jürgen W. Falter erhobenen Daten

gerundet[18]).

Sowohl die Zustimmung zu einer Diktatur als auch zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen hat seit 1994 in Ostdeutschland kontinuierlich abgenommen. In Westdeutschland stagnierten die Zustimmungswerte im selben Zeitraum oder zeigten eine geringe Zunahme. Antisemitismus scheint in beiden Landesteilen ein Sonderfall zu sein: Die Schwankung in Westdeutschland ist bei der Aussage deutlich zu verzeichnen. Während in Ostdeutschland die Zustimmung von sieben Prozent 1994 bis auf zwölf Prozent heute zunahm, "explodierte" die Zustimmung im Westen förmlich auf 31 Prozent im Jahre 2002. Dabei war das Niveau von 1994 mit 17 Prozent bereits deutlich höher als im Osten. Mit 21 Prozent ist die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen im Westen immer noch deutlicher ausgeprägt.

Den Tabellen 2, 3 und 4 der PDF-Version sind die Zustimmungswerte in Abhängigkeit von Geschlecht, Erwerbsstatus und formalem Bildungsgrad zu entnehmen. In allen Skalen zeigen die Männer eine deutlich ausgeprägtere rechtsextreme Einstellung als die befragten Frauen. Dabei nähern sich die Frauen in der Ausländerfeindlichkeit den Männern an, erreichen aber auch hier nur annähernd die männlichen Zustimmungswerte. Interessant ist, dass die Zustimmung bei Arbeitslosen deutlich höher ist als bei den anderen Gruppen. Aber auch hier fallen die in allen Gruppen hohen Zustimmungswerte auf, während Befragte mit allgemeiner Hochschulreife deutlich niedrigere Zustimmungswerte zu verzeichnen haben als die Vergleichsgruppe ohne Abitur.

### **Auswertung**

Die hohen Zustimmungswerte zu den meisten rechtsextremen Aussagen sind bemerkenswert. Die größte Zustimmung haben bundesweit ausländerfeindliche Aussagen, denen immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausdrücklich zustimmen. Ein weiterhin großer Anteil der deutschen Bevölkerung stimmt Aussagen mit chauvinistischen Inhalten zu. Hinzu kommt die Gruppe der Personen, die angeben, den Aussagen zwar nicht zustimmen zu können, sie aber auch nicht ablehnen zu wollen: Eine Modifikation der Antworten im Sinne der sozialen Erwünschtheit kann angenommen werden. Das gilt auch für die antisemitischen Aussagen: Der Antisemitismus fällt mit zehn Prozent ausdrücklicher Zustimmung geringer aus als die Ausländerfeindlichkeit, ist jedoch mehr als ein Randphänomen.

Die Zustimmungswerte sind nicht in allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen hoch. Auf der Ebene der einzelnen Aussagen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, Geschlecht, Bildungsgrad und sozialer Lage ausmachen, aber auch Veränderungen im Antwortverhalten im Vergleich zu unserer Erhebung im Jahr 2002 sind festzustellen.

Im Ost/West-Vergleich sind noch immer deutliche Einstellungsunterschiede zu verzeichnen. Diese treten hervor, wenn viele Westdeutsche Hitler als "großen Staatsmann" sehen, den heutigen Einfluss "der Juden" als zu groß bewerten und ein starkes Nationalgefühl einfordern. Betrachten wir die Zustimmungswerte zu den Aussagen nach Skalen, sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr ganz so deutlich ausgeprägt. Der Westen zeigt sich chauvinistischer und antisemitischer als der Osten, auch in der Ausländerfeindlichkeit hat der Westen den Osten eingeholt. Als positiver Trend soll festgehalten werden, dass die Zustimmungswerte insgesamt abgenommen haben. Generell scheint der Osten nicht rechtsextremer eingestellt zu sein als Westdeutschland, wenn auch Differenzen in den einzelnen Aussagen zu erkennen sind.

Im Vergleich zur Repräsentativerhebung von 2002 lässt sich für Ostdeutschland ein Trend ausmachen: Die Zustimmungswerte zu Aussagen, dass eine Diktatur unter Umständen die bessere Staatsform sei und dass eine "Überfremdung" durch Ausländer drohe, haben abgenommen. Ähnliches gilt für die westdeutsche Zustimmung zur Forderung, "Mut zu einem starken Nationalgefühl" zu haben, sie fällt geringer aus. Am deutlichsten ist im Westen die Abnahme des Antisemitismus: Sahen 2002 noch 31 Prozent einen "großen Einfluss der Juden", so sank die Zahl 2004 um zehn Prozentpunkte auf 21 Prozent.

Diese Abnahme kann zum einen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextreme und antisemitische Aussagen nach wie vor relativ hohe Zustimmung zu verzeichnen haben. Zum anderen sollten bei der Interpretation die vor zwei Jahren noch manifest geäußerten antisemitischen Aussagen von einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung berücksichtigt werden. Die nun im Verhältnis dazu geringeren Zustimmungswerte binnen zwei Jahren können nicht beruhigen, sprechen sie doch eher für eine Latenz des Antisemitismus als für einen grundsätzlichen Einstellungswandel.

Betrachten wir Einflussfaktoren auf das Zustimmungsverhalten: Der deutliche Einfluss des Bildungsgrades auf die Zustimmung ist in bisherigen Studien bestätigt worden. Menschen mit höherem Schulabschluss stimmen rechtsextremen Aussagen seltener zu als jene, die einen niedrigeren Schulabschluss besitzen. Allerdings hat sich dieser Unterschied in der Befragung 2004 deutlich verringert. Der Anteil der Menschen mit Abitur als Schulabschluss, die den Aussagen zustimmen, hat deutlich zugenommen, insbesondere hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit. Frauen stimmten auch in dieser Erhebung rechtsextremen Aussagen weniger zu als Männer. Einzig bei der Ausländerfeindlichkeit liegen die Geschlechter gleichauf.

Die These, dass höhere Zustimmungswerte bei so genannten Modernisierungsverlierern anzutreffen sind, kann durch die Befragung gestützt werden. Arbeitslose haben bei allen Skalen eine deutlich rechtsextremere Einstellung als andere Bevölkerungsgruppen. Die hohe Zustimmung bei Rentnern korrespondiert mit dem Alterseffekt, den wir ausmachen konnten. Unterteilen wir die Untersuchungsgruppe in Altersgruppen, so zeigen die über 60-Jährigen die höchste Zustimmung.

Die Daten lassen in einem Punkt aufmerken: Die Zunahme rechtsextremer Einstellung in der Gruppe mit höherem Bildungsabschluss ist deutlich. Personen mit Abitur hatten bisher stabil niedrige Zustimmungswerte. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Untersuchungen bestätigen, zeigt er Forschungsbedarf an. Bisher wurde Bildung als deutlicher Schutzfaktor gegen rechtsextreme und antisemitische Einstellungen bewertet. Sollte sich diese Annahme als falsch erweisen, gilt es, die Ursachen für diesen Einstellungswechsel aufzuklären.

Einen ersten Hinweis geben die hohen Zustimmungswerte der so genannten Modernisierungsverlierer. Die wirtschaftliche Krise und der strukturelle Umbau des Sozialstaats erfassen nun auch Schichten der Bevölkerung mit höherem Bildungsabschluss. Der bundesdeutsche Mittelstand ist von sozialen Deklassierungen bedroht, wie sie bisher in der Breite nur Angehörigen bildungsferner Schichten drohten. Sollte hier eine Ursache für die Zunahme des Rechtsextremismus zu finden sein, würde dies die These stützen, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus stabile Einstellungsmuster sind, die bei sozialen Krisen aus der Latenz heraustreten.

Beitrag aus: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Nummer 42 / 2005, "Rechtsextremismus"*.

**13. Oktober 2005**

#### **Fußnoten**

- 1** Vgl. Bernd Six, Autoritarismusforschung. Zwischen Tradition und Emanzipation, in: Gruppendynamik, 28 (1997), S. 223 - 238.
- 2** Vgl. Erich Fromm, Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil (1936), in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 139 - 187; Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford, *The Authoritarian Personality*, New York 1950.
- 3** Ferner sei auf die einschlägige Literatur verwiesen: z.B. Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Berlin 2000; Jürgen Winkler/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen W. Falter, Stand und Perspektiven der Forschung, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996, S. 9 - 21.
- 4** Th. W. Adorno u.a. (Anm. 2).
- 5** Vgl. Oliver Decker, Autoritarismus und Persönlichkeit, in: *Texte aus dem Colloquium Psychoanalyse*, 5 (1999), S. 115 - 129; Michael Schwandt, Subjektkonstitution und politische Praxis. Die Stellung der Psychoanalyse in der Kritischen Theorie, in: ebd., S. 98 - 114.
- 6** Auch das selbst für heutige Verhältnisse hoch differenzierte methodische Instrumentarium wurde früh kontrovers diskutiert: Richard Christie/Marie Jahoda (Hrsg.), *Studies in the Scope and Method of the "Authoritarian Personality"*, Glencoe 1954.
- 7** Vgl. Milton Rokeach, *The Open and Closed Mind*, New York 1960.
- 8** Vgl. Detlef Oesterreich, Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 29 (1998), S. 5 - 64; Christel Hopf/Wulf Hopf, *Familie - Persönlichkeit - Politik. Grundfragen der politischen Sozialisation*, Weinheim 1997.
- 9** Vgl. M. Fuchs, *Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55 (2003), S. 654 - 678.
- 10** Die ebenfalls persönlichkeits-theoretischen Ansätze, die wie Ronald Inglehart (z.B. *Kultureller Umbruch: Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt/M. 1989) mit seinem Materialismus-Postmaterialismus-Konzept die Werteorientierung in das Zentrum der Analyse stellen, können hier nicht weiter ausgeführt werden; vgl. Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.), *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition*, Frankfurt/M. 1992. Auch diese Ansätze gehen nicht vom klassischen Links/Rechts-Schema aus, sondern verorten sicherheits- und ordnungsgesetzten Einstellungen wie die ihnen entgegengesetzten toleranzorientierten Einstellungen unabhängig von der manifest geäußerten Parteipräferenz.
- 11** Vgl. Seymour Martin Lipset, *Soziologie der Demokratie*, Berlin 1962; Richard Hofstadter, *The Pseudo-Conservative Revolt*, in: Daniel Bell (Hrsg.), *The Radical Right*, Garden City 1964, S. 75 - 95.
- 12** Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*, Frankfurt/M. 1994.
- 13** Vgl. Birgit Rommelspacher, *Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus*, in: W. Schubarth/ R.Stöss (Hrsg.) (Anm. 3), S. 199 - 219; Antifaschistisches Netzwerk, *Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus* (Hrsg.), *Braune Schwestern - Feministische Analysen der extremen Rechten*, Münster 2005; Renate Bitzan, *Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken*, Tübingen 2000.
- 14** Vgl. Burkhard Schröder, *Neonazis und Computernetze. Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen*, Reinbek 1995; Astrid Lange, *Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften: Ziele - Inhalte - Taktik*, München 1993.
- 15** Vgl. Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?*, Bonn 2004.
- 16** Vgl. für eine Übersicht: Oliver Decker/Elmar Brähler, *Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland*, in: *Psychosozial*, 23 (2000) 2, S. 31 - 38; Oliver Decker/Oskar Niedermayer/Elmar Brähler, *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin*, 1 (2003), S. 65 - 77.
- 17** Vgl. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (Hrsg.), *Stichprobenverfahren in der Umfrageforschung*, Opladen 1999.
- 18** Die Daten von 1994 und 1998 stammen aus: Jürgen Falter, *Rechtsextremismus in Deutschland. Die Entwicklung des Einstellungs- und Verhaltenspotenzials 1994 - 2000*, in: *Perspektive*, Nr. 7 (2000) (Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz), S. 7 - 27. Die Daten von 2002 und 2004 stammen aus unserer Arbeitsgruppe; für die Daten aus 2002 vgl. O. Decker/O. Niedermayer/E. Brähler (Anm. 16).



---

[top](#) ▲

[Themen](#) | [Wissen](#) | [Veranstaltungen](#) |  
[Publikationen](#) | [Lernen](#) |  
[Die bpb](#) | [Bestellen](#) | [Newsletter](#) | [Presse](#) | [Partner](#) |  
[Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Kontakt](#) | [Home](#)